

1 Jahr Ampel: Digitalpolitischer 10-Punkte-Check



Thema	Koalitionsvertrag	KoaV vs. Ist-Zustand	Ist-Zustand
Digitalpolitische Zuständigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> - Bündelung von Digitalthemen im BMDV 		Der Geschäftsverteilungsplan des Bundeskanzleramts befeuert die Zersplitterung digitalpolitischer Themen durch unterschiedliche Federführungen seitens BMDV, BMWK und BMI.
Digitalstrategie	<ul style="list-style-type: none"> - Fortschreibung der Digitalstrategie der Großen Koalition vorgesehen - Digitalbudget für konkrete Projekte (S.15)* 		Die von der Bundesregierung vorgelegte Digitalstrategie setzt zum Teil konkrete Zielvorgaben und strategische Ziele, ist aber nicht überall gleichermaßen ambitioniert und nicht weit genug gedacht. Das angekündigte Digitalbudget ist noch nicht geschaffen worden.
Digitale Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau gigabitfähiger Infrastruktur soll beschleunigt werden (S.12) - Vorrang für eigenwirtschaftlichen Ausbau (S.16) - Aufbau Gigabit-Grundbuch (S.16) - Nicht-vertrauenswürdige Unternehmen werden beim Ausbau kritischer Infrastrukturen nicht beteiligt (S.17) 		Die Gigabitstrategie der Bundesregierung wurde im Juli 2022 verabschiedet, um die Glasfaserförderung zu optimieren. Aktuell erfolgt eine Potentialanalyse zum privatwirtschaftlichen Ausbau und Förderbedarf. Die erste Ausbaustufe des Gigabit-Grundbuchs soll noch im Dezember 2022 veröffentlicht werden. Unklarheit besteht weiterhin bei der Definition von öffentlicher Vollfinanzierung sowie dem Ausschluss sogenannter nicht-vertrauenswürdiger Unternehmen beim Ausbau.
Nachhaltige Digitalisierung	<ul style="list-style-type: none"> - Rechenzentren sollen auf ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausgerichtet und ab 2027 klimaneutral betrieben werden (S. 18) - Abwärme soll genutzt werden können (S. 18) 		Das geplante Energieeffizienzgesetz könnte zu einer Abwanderung der Rechenzentren-Branche ins Ausland führen. Die geplante Strompreismessbremse konfrontiert Betreiber zudem mit widersprüchlichen Regulierungsansätzen. Während das Energieeffizienzgesetz Rechenzentren als energieintensiv einstuft, wird die Branche bei der Strompreismessbremse aktuell nicht berücksichtigt. Die Ampel muss erneuerbare Energien massiv ausbauen und ausreichend Grünstrom auf dem Markt zur Verfügung stellen.
Vorratsdatenspeicherung	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesregierung lehnt die VDS ab. Log-In Falle als Alternative (S.109) 		In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Ampel die Vorratsdatenspeicherung noch abgelehnt. Nach dem EuGH-Urteil zu deutschen Regelungen ist sie sich nun uneins. Damit drohen die Erwartungen an ein schnelles Ende der Vorratsdatenspeicherung zu scheitern. Zunächst steht eine politische Grundsatzentscheidung und Neubewertung über die gesetzliche Verpflichtung zur Vorratsdatenspeicherung an.
Cybersicherheit	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherheitslücken sollen gemeldet werden müssen (S. 16). - Keine Quellen-TKÜ oder Onlinedurchsuchungen für die Bundespolizei (S.109) - Mehr Transparenz und Kontrolle bei Überwachungssoftware (S.109) 		Die Entwicklungen im Bereich der Cybersicherheit sind derzeit unklar. Die vom BMI vorgelegte Cybersicherheitsagenda deutet auf eine Abkehr der im Koalitionsvertrag verankerten Ziele hin. Die Cybersicherheitsagenda enthält Forderungen und Maßnahmen, die dem Ziel, mehr Verschlüsselung in Deutschland einzuführen, abträglich sind.
Europäische Netzpolitik	<ul style="list-style-type: none"> - DSA und DMA werden unterstützt (S.17/S.31) 		Die EU-Gesetze DSA und DMA sind teilweise bereits in Umsetzung. Im Zuge des anstehenden Digitale Dienste Gesetzes – der deutschen Umsetzung des DSA – soll auch das NetzDG weitgehend aufgehoben werden. Hier bestehen noch offene Fragen über Aufsicht und Kontrolle. Mit der neuen CSAM-Verordnung sind auf europäischer Ebene allerdings Aktivitäten zu verzeichnen, die das Notice and Takedown Prinzip angreifen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Ampel zu diesem Thema positioniert.
Nutzung von Daten	<ul style="list-style-type: none"> - Die Potenziale von Daten sollen mithilfe von Datentreuhändern, Datendreh scheiben und Datenspenden stärker genutzt werden (S. 17) 		Mit ihrer Datenstrategie will die Ampel die Datenbereitstellung verbessern, datengetriebene Geschäftsmodelle fördern und innovationsfreundliche Regulierung weiterentwickeln. Der Anteil datengetriebener Geschäftsmodelle ist in Deutschland nach wie vor gering. Mit dem geplanten Dateninstitut kann ein Rahmen für die Entwicklung gemeinsamer Standards und für Best Practices geschaffen werden.
New Work	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtliche Abgrenzung von Home-Office zur Telearbeit und flexible Lösungen für Arbeitsmodelle (S.68) - Begrenzte Möglichkeit zur Abweichung von den Regelungen des Arbeitszeitgesetzes (S. 68) 		Im Bereich New Work hat die Ampel nur wenig Fortschritte erzielt. Die Einführung einer Schriftformerfordernis für Arbeitsverträge durch das Nachweisgesetz bei der Umsetzung einer EU-Richtlinie wirft Fragen auf, ob das angestrebte Ziel tatsächlich verfolgt wird.
Digitaler Staat	<ul style="list-style-type: none"> - Unkomplizierte, schnelle dig. Verwaltung (S. 7) - Aufbau einer Cloud der öffentlichen Verwaltung auf Basis einer Multi-Cloud Strategie und offener Schnittstellen sowie strenger Sicherheits- und Transparenzvorgaben (S. 15) 		Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes hinkt hinter den Erwartungen zurück. Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und Bürokratieabbau kommen nur schleppend voran. Im Bereich digitaler Bildung ist der Digitalpakt Schule 2.0 noch nicht weiter konkretisiert.

* vgl. Koalitionsvertrag 2021-2025: Mehr Fortschritt wagen.